



An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

14.10.2019

Antrag „Sicherer Hafen“ Rüsselsheim (zur Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung am 24.10.2019)

Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim

- a) verurteilt die zunehmende Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung und alle juristischen und politischen Initiativen, mit denen Aktivist*innen daran gehindert werden sollen, Menschen in Seenot vor dem Ertrinken zu retten.
- b) beschließt, dass der Magistrat die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher stellt.
- c) fordert die hessische Landesregierung auf, über eine Bundesratsinitiative zu einer Bund-Länder-Vereinbarung für eine direkte Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden zu kommen. Die Aufgenommenen sollen dabei rechtlich und finanziell gleichgestellt werden und den Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren erhalten.
- d) beschließt, dass die Stadt Rüsselsheim am Main dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitrifft und die „Potsdamer Erklärung“ unterzeichnet, mit dem die Kommunen ihre Bereitschaft erklären, die „aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen“.

Begründung:

Die Situation auf dem Mittelmeer ist für flüchtende Menschen nach wie vor dramatisch. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren hat sich die Situation durch eine zunehmende Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, immer wieder stattfindende Blockaden ziviler Rettungsschiffe und das Auslaufen der EU-Mission Sophia verschärft.

Dazu kommen die anhaltenden und intensiven Kämpfe im Haupttransitland Libyen.

Seit dem Jahr 2014 sind mehr als 9.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken, im laufenden Jahr starben mindestens 569 Menschen.

Der Schiffsverkehr ist in der Such- und Rettungszone (SAR-Zone) vor der libyschen Küste fast vollständig zum Erliegen gekommen. Handelsschiffe umfahren die Zone, um Situationen zu vermeiden, in denen sie ihrer seemännischen Pflicht zur Hilfe für in Seenot Geratene in internationalen Gewässern nachkommen müssen. Notrufe werden von Handels- und Marineschiffen ignoriert. Auch von der durch EU-Mittel unterstützten sogenannten libyschen Küstenwache sind kaum Aktivitäten zur Rettung in Seenot geratener Menschen erkennbar. Regelmäßig versuchen staatliche Institutionen europäischer Staaten die notwendige Arbeit von Seenotretter*innen rechtswidrig zu blockieren.

Wir wollen flüchtende Menschen nicht ertrinken lassen!

Im gesamten Bundesgebiet haben sich deshalb Städte und Kommunen zu sicheren Häfen erklärt, um dem unhaltbaren Zustand auf dem Mittelmeer im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegenzuwirken und das migrationspolitische Versagen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer zu dokumentieren. Das Bündnis „Städte sicherer Häfen“ soll den Forderungen der Kommunen nach einer schnellen, humanen und solidarische Aufnahmepolitik Deutschlands angesichts der Notlage im Mittelmeer mehr Nachdruck und der Solidarität mit Menschen auf der Flucht, der SEEBRÜCKE und der zivilen Seenotrettung deutlichen Ausdruck verleihen. Das Bündnis fordert von „der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können.“



Sanaa Boukayeo
Fraktionsvorsitzende
SPD



Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen



Karl-Heinz Schneckenberger
Fraktionsvorsitzender
Die Linke/Liste Solidarität

Adnan Dayankac
Forum Neues
Rüsselsheim